



GRUNDSATZERKLÄRUNG DER 1. VOLLVERSAMMLUNG DER XVII. FUNKTIONSPERIODE AM 24.5.2024

EINE STARKE STIMME FÜR DIE ÜBER 600.000 BESCHÄFTIGTEN IN NIEDERÖSTERREICH

Die letzten Jahre waren geprägt von Krisen: Beginnend mit der Corona-Pandemie und ihren nationalen wie internationalen Verwerfungen, gefolgt von der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine, Versäumnisse in der europäischen und österreichischen Energiepolitik bis hin zur Teuerungswelle und immer waren und sind es besonders die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Folgen zu tragen haben. Und viele unselbständige Beschäftigte haben das Gefühl, dass zu wenig unternommen wurde, um gerade den arbeitenden Menschen in diesem Land durch die Krisen zu helfen. So ist zum Beispiel die Teuerung in Österreich immer noch wesentlich höher als in vielen anderen EU-Ländern.

Die Schwierigkeiten der vergangenen Krisen sind bei weitem noch nicht überwunden. Das zeigt auch eine genauere Betrachtung einiger Prognosekennzahlen: Das Wirtschaftswachstum in Österreich soll in den nächsten Jahren weit unter den Erwartungen liegen, die Anzahl an Insolvenz-Anträgen in Niederösterreich lag in den ersten Monaten des Jahres 2024 bereits über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die steigende Arbeitslosigkeit wird die Situation am Arbeitsmarkt verschärfen. Gleichzeitig klagen einige Branchen, keine Arbeits- und Fachkräfte zu finden.

Umso wichtiger ist es, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niederösterreich eine starke Interessensvertretung an ihrer Seite haben, auf die sie sich verlassen können. Dies wird nicht nur durch die hohe Zahl an Beratungsleistungen, sondern auch durch vielfältige Unterstützungsleistungen für die niederösterreichischen AK Mitglieder spürbar. Dabei bilden folgende Grundsätze und Forderungen den Rahmen der tagtäglichen Arbeit der Arbeiterkammer Niederösterreich:

FÜR GERECHTE LOHN- UND GEHALTSSTEIGERUNGEN

Bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen wurde in einigen Branchen die Abkehr der Benya-Formel in den Raum gestellt, indem zunächst nicht einmal annähernd die Abgeltung der Inflation angeboten wurde. Zudem wurde arbeitgeberseitig das Streikrecht in Frage gestellt. Die Benya-Formel ist zeitlos und sichert den sozialen Frieden in Österreich, indem die Kaufkraft erhalten wird und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch zu einem Teil von der Produktivitätssteigerung profitieren. Sie muss somit weiterhin die Grundlage der Kollektivvertragsverhandlungen bilden. Zudem ist das Grundrecht auf Streik anzuerkennen und darf auf keinen Fall in Frage gestellt werden.

FÜR EINE AKTIVE WEITERENTWICKLUNG DER ARBEITSRECHTLICHEN REGELUNGEN UND MITBESTIMMUNGRECHTE DER BELEGSCHAFTSVERTRETUNG

Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die Arbeitswelt drastisch. Die Arbeitswelt wird einerseits flexibler, digitaler und internationaler, der Ruf nach einer ausgeglichenen Work-Life-Balance andererseits immer lauter. Über allem steht die Frage „Wie und unter welchen gesetzlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen wollen wir in Zukunft arbeiten“. Arbeitsrechtliche Regelungen müssen weiterentwickelt werden, um eine zukunftsgerechte Antwort auf diese Herausforderungen zu finden. Ebenso ist es wichtig, Mitbestimmungsrechte für die Belegschaftsvertretung in allen Fragen der betrieblichen Prävention zu stärken. So sollen, insbesondere erzwingbare Betriebsvereinbarungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung, zu Gesundheitsmanagementsystemen und zu alternsgerechtem Arbeiten geschaffen werden. Das Recht beratend an allen Evaluierungsschritten teilzunehmen und das Erfordernis des Einvernehmens bei der Festlegung von Maßnahmen sind hier besonders wichtig.

Gerade in unsicheren Zeiten ist es darüber hinaus besonders wichtig, dass die Menschen ihre Löhne und Gehälter verlässlich ausbezahlt bekommen. Daher muss jeder Aufweichung der Entgeltfortzahlung entgegengewirkt werden, insbesondere die derzeit zu beachtende Praxis durch Klauseln in Arbeitsverträge den §1155 ABGB zu unterlaufen. Die gesicherte Fortzahlung von Entgeltansprüchen, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverschuldet im Katastrophenfall ihren Dienst nicht antreten können, muss daher zwingendes Recht werden.

FÜR EINEN FAIREN, TRANSPARENTEN, SICHEREN UND INKLUSIVEN EINSATZ VON KI SYSTEMEN BEI DER DIGITALISIERUNG DER ARBEITSWELT

Die fortschreitende Digitalisierung und der zunehmende Einsatz Künstlicher Intelligenz haben das Potenzial, die Arbeits- und Lebenswelt grundlegend zu verändern. Ein Einsatz digitaler Technologien und Künstlicher Intelligenz muss fair, transparent, sicher und inklusiv gestaltet sein und den Menschen ins Zentrum stellen. Digitalisierung muss allen zugutekommen. Daher braucht es umfassende Mitbestimmungs-, Mitwirkungs-, und Vetorechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen bei der Einführung und Verwendung von Digitalisierungs- und KI-Systemen.

FÜR EINE STÄRKERE STEUERGERECHTIGKEIT

Steuern sind die Bausteine für ein gutes Zusammenleben. Sie finanzieren wichtige öffentliche Leistungen wie die öffentliche Verwaltung, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, öffentlichen Verkehr, Kindergärten und den Ausbau von zukunftsorientierter Energieversorgung. Das sind Leistungen, die allen nützen und auf die niemand verzichten will. Sind die Steuerbeiträge gerecht verteilt, sorgt das für Akzeptanz. Das ist aber nicht der Fall: So wurde zum Beispiel das Werbungskostenpauschale seit Jahrzehnten nicht mehr erhöht und auch das amtliche Kilometergeld blieb trotz Inflation und steigender Preise die letzten Jahre gleich. Um einem Wertverlust entgegenzuwirken, braucht es eine deutliche Erhöhung.

Generell müssen die noch bestehenden Freibeträge in Absetzbeträge umgewandelt werden, um Steuergerechtigkeit unabhängig von der Einkommenshöhe herzustellen.

Das Pendlerpauschale soll statt eines Freibetrages in einen kilometerabhängigen Pendlerabsetzbetrag mit Ökobonus umgewandelt werden. Für Pendlerinnen und Pendler mit kleineren und mittleren Einkommen würde das eine effektive Erhöhung bedeuten, und die Höhe des Steuervorteils wäre nicht mehr einkommensabhängig.

Das derzeitige Steuer- und Abgabensystem in Österreich weist eine deutliche Schieflage: Der Großteil der Steuern und Abgaben wird von den Arbeitnehmer*innen getragen. Unternehmen und vermögende Personen tragen hingegen nur einen kleinen Teil bei.

Die Arbeits- und Wirtschaftswelt wird sich aufgrund der immer schnelleren technologischen Entwicklungen – durch künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik – in den nächsten Jahren stark verändern. Durch die Übernahme vieler Tätigkeiten aufgrund der technologischen Neuerungen wird sich umso mehr die Frage der Verteilungsgerechtigkeit stellen: Wer sind die Wertschöpfungsträger der Zukunft und wer wird von diesen Neuerungen profitieren, Unternehmen oder Arbeitnehmer:innen?

Damit eng verknüpft ist auch die Frage, wie verteilungsgerecht der Solidarstaat in Österreich derzeit finanziert wird und wie man ihn auf künftige Aufgaben und Finanzierungsprobleme vorbereiten kann.

FÜR EIN FAIRES SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM

Um den Solidarstaat zukunftsfit, das heißt leistungsgerecht und fair für alle Menschen zu gestalten, muss seine Finanzierung nachhaltig abgesichert und dafür auf eine breitere Finanzierungsbasis gestellt werden.

Derzeit wird der Solidarstaat hauptsächlich aus dem Faktor Arbeit und somit aus dem Arbeitseinkommen finanziert. Das ist eine Herausforderung für eine Neuordnung seiner Finanzierung, denn durch den tendenziell steigenden Wertschöpfungsanteil der Kapitaleseite durch Automatisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz, würde unter gleichbleibenden Bedingungen, der Solidarstaat aus einem immer geringer werdenden Teil der Wertschöpfung aus Arbeit finanziert werden müssen. Gleichzeitig werden seine Aufgaben (und somit auch die Ausgaben) – vor allem verknüpft mit der alternden Bevölkerung – in den nächsten Jahren zunehmen und nicht abnehmen.

» Klares Bekenntnis zur Finanzierung der Pensionsversicherung

Das Umlageverfahren muss beibehalten und darf keinesfalls unter Hinweis auf private Möglichkeiten der Altersvorsorge geschwächt werden! Unsere gesetzlichen Pensionen sind auch ohne weitere „Reformen“ langfristig gesichert. Jede künftige Bundesregierung ist verantwortlich für eine nachhaltige Finanzierung einer gerechten Alterssicherung.

Sämtliche vorzeiten Alterspensionen müssen ohne weitere Verschlechterungen erhalten bleiben und die abschlagsfreie Hacklerregelung wiedereingeführt werden. Die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung muss abgeschafft, nicht nur ausgesetzt werden.

» Funktionsfähige ÖGK für alle Versicherten

Ein besonderes Anliegen ist uns die Krankenversicherung: Wir beobachten seit einiger Zeit eine frappant verschlechterte Situation für Patientinnen und Patienten.

Immer öfter müssen sie ihren Leistungen „nachlaufen“, werden im Kreis geschickt bzw. haben in gewissen Gegenden gar keine sinnvolle Versorgungssituation. Die verursachten Mängel werden auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen, die (viel zu) lange gar kein oder nicht das ihnen zustehende Krankengeld bekommen. Nicht die Versicherten sollen ihren Ansprüchen nachlaufen müssen, die ÖGK muss zu einer modernen, serviceorientierten Institution für die Menschen werden.

Die Neuordnung der Organisationsstruktur in der Sozialversicherung mit dem Ziel, bessere Leistungen und verbesserte Services anzubieten, darf jedoch nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Sozialversicherung selbst führen.

» Das AMS als die zentrale Institution mit genügend Personal ausstatten

Zahlreiche Planstellen des AMS sind künftig nicht nachbesetzt. Diese personellen Engpässe führen dazu, dass eine optimale Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen nicht mehr gewährleistet sein wird und auf die individuellen Bedürfnisse der arbeitssuchenden Personen nicht ausreichend eingegangen werden kann. Gerade dies wäre aber für eine Verhinderung längerer Arbeitslosigkeit, eine Vermittlung an Arbeitsplätze, die Perspektiven bieten und ein reibungsloses Funktionieren des Arbeitsmarktes erforderlich. Wir fordern daher die Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Mittel an das AMS, damit es seinen gesetzlichen Aufgaben effektiv nachkommen kann!

FÜR DEN SCHUTZ DES GESUNDHEITSPERSONALS VOR ÜBERLASTUNG UND FÜR DIE BESTE UND LEICHT ERREICHBARE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Die demografische Entwicklung, zunehmende Personalknappheit bei Gesundheits- und Pflegeberufen und angespannte öffentliche Budgets machen rasch umfassende Reformen unumgänglich, um die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen zu können.

Bereits jede/r vierte Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich in Niederösterreich denkt an einen Berufswechsel. Die Beschäftigten sind körperlich und psychisch erschöpft, obwohl sie ihre sinnvolle Tätigkeit schätzen. Die laufend anwachsenden beruflichen Belastungen sind eine wesentliche Ursache dafür.

Darum fordern wir die Sicherung einer ausreichenden gut erreichbaren öffentlich finanzierten Gesundheitsversorgung insbesondere in ländlichen oder strukturschwachen Regionen und den verstärkten Ausbau von Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen.

Der Personalmangel in Gesundheitsberufen muss durch mehr Personal, verbesserte Arbeitsbedingungen und attraktive, existenzsichernde Ausbildungsangebote verhindert werden.

Insbesondere ist der Fokus verstärkt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Lebensphasen sowie auf die Einhaltung der vereinbarten Dienstpläne zu legen.

Der Zugang zur Schwerarbeiterregelung für die Gesundheitsberufe muss erleichtert werden bzw. die Schwerarbeiterregelung muss reformiert werden.

FÜR ECHTE CHANCENGLEICHHEIT

Frauen verdienen im Vergleich zu Männern- auch bei Vollzeitbeschäftigung – weniger, erhalten in Niederösterreich rund 41 % weniger Pension und sind im erhöhtem Ausmaß von Armut, Gewalt und psychischen Belastungen betroffen. Wir fordern eine „echte“ Work-Life-Balance und Chancengleichheit sowie mehr Gesundheit für Frauen. Es braucht gerechte Entlohnung, faire Arbeitsbedingungen und flächendeckende, hochwertige und leistbare Kinderbildungs- und –betreuungsangebote.

» Bessere Gesundheitsversorgung für Frauen

Die aktuellen Bedingungen schlagen sich auch auf die Gesundheit nieder, wie der aktuelle Frauengesundheitsbericht zeigt. Zwar leben Frauen länger als Männer, doch geht es ihnen dabei häufiger gesundheitlich schlecht. Die Tatsache, dass Frauen ein höheres Risiko haben, an Herz-Kreislauferkrankungen zu sterben und auch vermehrt an Depressionen leiden, wird von Expertinnen auch auf benachteiligende gesellschaftliche Strukturen zurückgeführt.

» Faire Entlohnung

Verschärft wird die finanzielle Benachteiligung von Frauen auch immer noch dadurch, dass es gerade in den von ihnen dominierten Branchen keine faire, den Anforderungen und Leistungen entsprechende Entlohnung gibt, die auch die gesellschaftliche Relevanz dieser Berufsgruppen berücksichtigt.

» Bessere Bedingungen für Frauenpensionen

Frauen bekommen nicht nur deutlich weniger Pension als Männer. Jede dritte Frau kann nicht direkt aus einer Erwerbstätigkeit in Pension gehen. Damit mehr Frauen bis zur Pension arbeiten können, braucht es gute Arbeitsbedingungen und präventive Gesundheitsförderung.

FÜR GERECHTE BILDUNGSCHANCEN UND DIE BESTEN STARTBEDINGUNGEN UNSERER JUGEND

Das österreichische Bildungssystem muss gerechte Bildungschancen für alle Familien und Kinder bereitstellen. Der AK-Chancenindex kann Schulstandorten mit schwierigen Voraussetzungen helfen, den Kindern dort die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. Eine rechtzeitige und umfassende Berufsorientierung hilft jungen Menschen die passende Ausbildung zu finden.

» Zukunftsfähige Berufsausbildung sichern

Die duale Ausbildung ist ein österreichisches Erfolgsmodell, sie verbindet Unternehmenswelt und Schule auf exzellente Weise. Dieses Modell gilt es in Österreich zukunftsfest zu machen und in anderen europäischen Ländern zu etablieren.

Dafür muss die Qualität der Lehrlingsausbildung sichergestellt werden. Das beginnt mit einer umfassenden, praxisorientierten Berufsorientierung, führt über die verpflichtende Vermittlung aller vereinbarten Kenntnisse und Fertigkeiten, die im Berufsbild verlangt werden, bis hin zur Absicherung und Nutzung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten als dritte Lernorte. Die Förderungen an Lehrbetriebe müssen an Qualitätsrichtlinien geknüpft werden.

Angebote und Unterstützungen für junge Menschen in psychisch belastenden Situationen sollen ausgebaut und auf einem kostenfreien Anspruch beruhen.

Auch eine Finanzierung der Freifahrt ohne Selbstbehalt für alle jungen Menschen in Ausbildung bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres soll ermöglicht werden.

Junge Menschen erleben die Welt in der sie privat wie auch beruflich Fuß fassen wollen, derzeit in einem Dauerkrisenmodus. Trotz allem bleiben die Jugendlichen laut Studien zuversichtlich. Der Dialog mit der Generation Z bietet den älteren Generationen die einmalige Chance, Arbeit neu zu denken. Diese Chance gilt es zu ergreifen.

FÜR LEISTBARES WOHNEN, EINE SOZIALE ENERGIEWENDE UND INVESTITIONEN IN ÖFFENTLICHEN VERKEHR, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Energieinfrastruktur, sowie Gebäudesanierungen sind beschäftigungswirksam und tragen zur Versorgungssicherheit bei. Die AK Niederösterreich fordert, dass der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich weiter vorangetrieben wird. Für die künftige Lebens- und Arbeitsqualität ist es wichtig, dass Klimaschutzziele erreicht werden, diese müssen aber leistbar und sozial gestaltet werden.

Ein immer größerer Anteil des Einkommens wird für das Wohnen aufgewendet. Auch für einkommensschwache Haushalte muss das Wohnen leistbar sein. Die geförderte Wohnbauoffensive soll Investitionen für den Ausbau von sozialem Wohnraum ermöglichen. Zudem hilft ein einheitliches Mietrecht, um Wohnen wieder leistbarer zu machen.

FÜR EINEN BESSEREN SCHUTZ DER ARBEITENDEN MENSCHEN

Die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der regelmäßigen Wetteraufzeichnungen wurden seit dem Jahr 2010 gemessen. Global war Juli 2023 der heißeste Monat seit Beginn der Aufzeichnungen. Diese Folgen des Klimawandels bedeuten, dass es mehr Schutz braucht für all jene, die im Freien arbeiten – etwa von Menschen am Bau, im Tourismus oder der Landwirtschaft. Die aktuelle Rechtslage ist oft unverbindlich und lässt damit zu viel Spielraum für betroffene Betriebe. Eine Novellierung des Arbeitnehmer:innenschutzgesetzes (ASchG) und der Arbeitsstättenverordnung (AStV) etwa mit vorgeschriebene Schutzmaßnahmen gegen UV-Strahlung ist längst überfällig.

FÜR EINE STARKE ARBEITERKAMMER

Die Arbeiterkammer hat in den 104 Jahren seit ihrer Gründung zahlreiche wichtige Erfolge im Interesse ihrer Mitglieder erreicht.

Darüber hinaus ist die Arbeiterkammer Niederösterreich ein konstruktiver Partner für alle politisch Verantwortlichen im Land und beweist als aktiver Teil der Sozialpartnerschaft, dass der gelebte und verhandelte Interessenausgleich ein großer Standortvorteil für unser Bundesland ist.

Am Beginn der neuen Funktionsperiode zeigt sich: die AK wird immer unverzichtbarer. Sie muss in Zukunft eine noch wichtigere Rolle im politischen Diskurs spielen. Denn der Grundsatz, der schon bei ihrer Gründung betont wurde, gilt heute mehr denn je: Die Beachtung, Anerkennung und Durchsetzung von Arbeitnehmer-Interessen ist für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einem demokratischen Staat unerlässlich.

Fakt ist: Die geopolitische Unsicherheit ist gewachsen. Gleichzeitig verändert sich die Arbeitswelt rasant. Es ist daher entscheidend, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine starke unabhängige gesetzliche Interessenvertretung an ihrer Seite haben. Die AK sorgt dafür, dass die unselbständig Beschäftigten ihre Rechte durchsetzen können, dass es dank der Expertise der topqualifizierten Expertinnen und Experten der AK auch Chancengleichheit für jene gibt, die sich Interventionen, teure Gerichtsprozesse oder Musterverfahren nicht leisten könnten. Das bedeutet aber auch, dass gerade wegen der vielen Veränderungen in der Arbeitswelt die Aufgaben und Rechte der gesetzlichen Interessenvertretung kontinuierlich ausgebaut und erweitert werden müssen.

Die demokratisch legitimierte Arbeiterkammer hat den klaren Auftrag, die Interessen und nur die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie ist der Garant dafür, dass die Beschäftigten das erhalten, was starke Gewerkschaften erreichen und dass die hart arbeitenden Menschen in diesem Bundesland einen gerechten Anteil an Wohlstand und Sicherheit bekommen - auch in Zukunft.

Daher ist es wichtig, dass Initiativen gesetzt werden, um die Wahlbeteiligung bei der Arbeiterkammerwahl zu steigern, bis hin zu einer Überarbeitung der Arbeiterkammer Wahlordnung.

Bei der konstituierenden Vollversammlung zur XVII Funktionsperiode sprechen sich die Fraktionen des Arbeitnehmerinnen-Parlaments daher für eine starke und unabhängige Arbeiterkammer in Niederösterreich aus.